



Ministerium für Umwelt und Naturschutz,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
des Landes Nordrhein-Westfalen

Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand  
und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen



Deutsche Steinkohle AG

## **“Walsumer Verständigung“**

Vereinbarung zum Interessenausgleich  
zwischen der Deutschen Steinkohle AG sowie dem Ministerium für Umwelt  
und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und dem Ministerium für  
Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen

Wir wollen mit unternehmerischem Handeln und Wirtschafts- und Umweltpolitik neue Chancen für Beschäftigung und Umweltschutz in Nordrhein-Westfalen schaffen und nutzen. Verlässliche Perspektiven und freiwillige Vereinbarungen für einen fairen Interessenausgleich können auch in schwierigen Lagen Gemeinwohlinteressen erreichen und unnötige juristische Konfrontationen sowie bürokratische Reglementierung vermeiden.

Die Landesregierung anerkennt die betriebswirtschaftlichen Erfordernisse für die DSK, das Bergwerk Walsum innerhalb der bestehenden Rahmenbedingungen für den deutschen Steinkohlenbergbau neben dem Abbau im Bereich "Rheinaue Walsum" und linksrheinisch im Bereich "Orsoy" mit dem Weiterbetrieb der Bauhöhe 91 im Flöz LK sowie dem planmäßigen Abbau der Bauhöhen LK 90, LK 87, LK 85, P 83 und G 91 in der Mommbachniederung fortzuführen.

Dies ist auch im Interesse der Perspektiven für Mitarbeiter und Standorte sowie der verlässlichen sozialverträglichen Anpassung der Beschäftigtenzahl.

Voraussetzung dafür ist die rechtlich abgesicherte Zulassung des Bergbaus und seiner Auswirkungen und Folgemaßnahmen. Diese Voraussetzung ist für die Bauhöhe LK 91 erfüllt: Die Bauhöhe LK 91 ist bergrechtlich zugelassen. Für die gegensteuernden wasserwirtschaftlichen Maßnahmen liegt die Erlaubnis nach § 7 WHG der Bezirksregierung Arnsberg vom 15. 07. 2005 vor. Die Landesregierung wird sicherstellen, dass die landschaftsrechtliche Befreiung gemäß § 69 LG NRW so erteilt wird, dass der kontinuierliche Weiterbetrieb der Bauhöhe LK 91 gewährleistet wird, weil die materiellen Voraussetzungen vorliegen.

Die Landesregierung und die DSK nehmen vorhandene Sorgen und Interessen der Bürger in der betroffenen Region im Blick auf ihre Arbeitsplätze und auf den Umweltschutz in der Hochwasserregion wahr und ernst.

Die Akzeptanz des Steinkohlenbergbaus ist für die DSK ein hohes Gut. Das öffentliche Interesse des Umweltschutzes und die Sorge vor möglichen Umweltrisiken können im Einzelfall freiwillige betriebliche Einschränkungen nahe legen.

Auf der Basis der Verständigung zur Bauhöhe LK 91 ist die DSK bereit, dieser Sichtweise Rechnung zu tragen. Sie erklärt den Verzicht auf den Abbau der Bauhöhen P 84 und P 78, obwohl sich damit für das Unternehmen der Verzicht auf den Ertrag erheblicher finanzieller Vorleistungen verbindet.

Darüber hinaus wird die DSK

- den Zuschnitt der Bauhöhe P 83 dahin gehend anpassen, dass für diesen Abbau keine Deicherhöhung erforderlich ist,
- die nördliche Abbaugrenze der Bauhöhe LK 75 so weit zurück verlegen, dass der Abbau in LK 75 das Rheinufer nicht erreicht, und
- den Abbau der Bauhöhe G 91 auf den südlichen Teil beschränken; damit werden die Einwirkungen auf die Ortslage Spellen und auf das Einzugsgebiet des Wasserwerks Löhnen reduziert.

Die Landesregierung begrüßt diese Schritte der DSK. Beide Seiten stellen fest, dass damit keine Erhöhungsmaßnahmen mehr an den Rheindeichen für künftigen Steinkohleabbau nötig sind und auch kein neuer Abbau mehr unter dem Rhein durchgeführt werden wird. Damit wird für den Hochwasserschutz des Landes ein wichtiger Beitrag geleistet. Die Beteiligten gehen davon aus, dass der weitere Abbau in der Mommbach-Niederung vorbehaltlich der detaillierten behördlichen Prüfungen in den dafür erforderlichen Verfahren gewährleistet ist.

Unter der Voraussetzung eines künftigen planmäßigen Abbaus erklärt die DSK, dass das Bergwerk Walsum den Kohleabbau - abweichend von der von RAG und DSK am 19.05.2004 bekannt gegebenen Stilllegung zum 01.01.2009 - spätestens am 30.06.2008 einstellen wird.

Mit der Umsetzung der vorstehenden Eckpunkte sieht die Landesregierung ihre Ziele

- Vermeidung neuer Abbauvorhaben unter dem Rhein,
- Schließung des Bergwerks Walsum möglichst vor 2009 und
- Sozialverträgliche Stilllegung des Bergwerks Walsum

als sichergestellt an.

Herne / Düsseldorf, 30. August 2005

Christa Thoben

Ministerin für  
Wirtschaft,  
Mittelstand  
und Energie

Eckhard Uhlenberg MdL

Minister für Umwelt und  
Naturschutz, Landwirtschaft  
und Verbraucherschutz

Bernd Tönjes Jürgen Eikhoff

Vorstand  
Deutsche Steinkohle AG